

Sächsische Zeitung

vorm. im G. Schwetschke'schen Verlage. (Hollischer Courier.)

Intentionsgebühren für die fünfzehnte Seite oder deren Raum für Halle u. Reg. des Verlags nur 15 S. sonst 18 S.

Reclamen am Schluss des reductionellen Preises pro Seite 40 Sgr.

Nummer 103.

Halle, Mittwoch, 4. Mai 1887.

179. Jahrgang.

(Ausgegeben am 3. Mai Vormittags.)

Zur ersten Ausgabe gehört als Beilage: die Erzählung von F. Klind-Südtzburg „Der Kopf der Freya“, S. 1—4.

Für die Monate Mai und Juni werden Abonnements auf die

Sächsische Zeitung

zum Preise von 2 Mark für Halle von der Expedition, den bestamten Ausgabestellen und den Zeitungspreidirektionen, fürwärts von sämtlichen Kaiserl. Postanstalten entgegengenommen.

Halle, den 3. Mai.

Politische Mittheilungen.

Die Norddeutsche Allg. Ztg. legt ihre diplomatischen Entwürfe über die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Rußland im Jahre 1876, betreffend die Besetzung von Bosnien und der Herzegowina durch österröische Truppen, fort, um damit den Lesern zu zeigen, wie falsch die Behauptung der russischen Seite ist, daß Deutschland die österröische Politik auf dem Balkan gegen die russische geföhrt und gewissermaßen daran Schuld habe, daß die letztere durch Oesterreich gebindert werde. Der zweifelhafte Reichskanzler eingeleiteter Artikel befaßt die russische Partei der Ueberlieferung an den Urkräften auf dem Balkan, durch die der Kaiser Alexander II. in einen Krieg mit der Türkei verwickelt und gleichzeitig auch veranlaßt wurde, mit Oesterreich in Unterhandlungen zu treten und diesem Reiche die Herzegowina und Bosnien zu überlassen. General Druvinski sei im Jahre 1876 bei Vertragsdokumenten und Briefen des Jaren dierfalls nach Wien geschickt worden. Am Schlusse steht es: „Aus den ganzen damaligen Verhandlungen erweist sich der Eindruck, daß Rußland zu jener Zeit über das Verhalten Oesterreichs nicht nur keine Klage that, sondern von der freundlichen Haltung des Wiener Kabinetts in hohem Grade befriedigt war: man braucht unter den vielen vor der Unterzeichnung des Abkommens in Wien und Petersburg geschickten Depeschen nur einen Erlaß des kaiserlichen Großfürsten vom 27. (15.) Dezember 1876 ins Auge zu fassen, in dem verschiedene Stellen der Unterhandlung bei dem Abschlusse referirt werden und die mit den Worten schließen: „Veuillez le dire à M. le Comte Andrássy en ajoutant que l'empereur lui sait personnellement très des efforts qu'il a faits pour mener à bonne fin cette importante négociation.“ Rußland hatte eben zu jener Zeit verschiedene Wünsche, deren Erfüllung von Seiten Oesterreichs für die eigenen Zwecke Auslands im Orient als ein Bedürfnis angesehen wurde. Den Preis für die Erfüllung dieser Wünsche bildet die vertragsmäßige Zulassung der Besetzung Bosniens durch Oesterreich. Diese vertragsmäßige Zulassung ist aller als der Berliner Traktat und konnte auf dem Berliner Kongreß nicht mehr aus der Welt geschafft werden. Die Beziehungen der beiden Kabinete von Wien und Petersburg waren 1876 und 1877 unverwundlich und intime und weit entfernt von dem Uebelwollen, welches Herr Skatow ihnen jetzt imputiren will.“

Der Kaiser hörte den Vortrag des Grafen von Perponcher, arbeitete mit dem Chef des Zivilkabinetts, ertheilte Audienz und unternahm eine Spazierfahrt, nach welcher der Monarch noch längere Zeit mit dem Staatssekretär Grafen Serbet von Bismark konferirte. Der Kaiser wird auch in diesem Jahre wieder den russischen Besichtigungen beim Großfürsten teilnehmen und sich zunächst heute Sonntag nach Potsdam begeben, um im dortigen Lustgarten die Bataillone des 1. Garderegiments der Reitere nach zu besichtigen. Es ist dies ein gewöhnlicher Beweis von der ausgezeichneten Gesundheit, deren sich der hohe Herr erfreut. Ueber die diesjährigen Anreden des Kaisers verläutet noch nichts; jedochfalls dürfte die Rede von Berlin nicht vor Mitte Juni erfolgen. Auch am Sonntag Mittag wurden dem Kaiser beim Aufsehen der Woche, welches, nachdem die Bataillonebesichtigungen mit dem 30. April ihr Ende erreicht haben, jetzt wieder zwischen 12/1 und 1 Uhr erfolgt, hitrinnige Sublimationen dargeboten.

Bundesrat. In der am 30. v. M. abgehaltenen Plenarsitzung genehmigte der Bundesrat den Entwurf eines Gesetzes über die Besteuerung des Branntweins mit den von den Ausschüssen für Zoll- und Steuern, für Handel und Verkehr, für Justizwesen und für Rechnungsweisen vorgeschlagenen Abänderungen. Der Gesetzentwurf wegen Festsetzung des Nachtrags zum Reichshaushalts-Gesetz für das Etatsjahr 1887 wurde an den Ausschuss für Rechnungsweisen zur Berberatung überwiehen. Mit der bereits erfolgten Ueberweisung des Antrags Wabens, betreffend die Veränderung der Statuten der böhmischen Bund, erklärte sich die Versammlung einverstanden. Dem Vorhitz führte in der Sitzung zunächst der Staatsminister, Staatssekretär des Innern, von Brechtler, nach einleitender Bemerkung desselben der kaiserlich-bayerische Bevollmächtigte zum Bundesrat, Staatsminister Dr. von Riedel.

Es steht außer Zweifel, daß der Reichstag bis Mitte Juni zusammenzuliegen muß, wenn das zur Verabreichung bestimmte Gesetzesmaterial erledigt werden soll. Weiter sind dem Reichstage die Novelle zur Gewerbeordnung und das Gesetz betreffend die doppelte Anrechnung der Dienstzeit der kaiserlichen Beamten in den russischen Schutzgebieten zugegangen. Die Branntweinsteuer-Vorlage wird für Donnerstag erwartet; die Zuckersteuer-Vorlage geht in diesen Tagen dem Bundesrat zu, so noch Gesetzesentwürfe betr. Glas-Lothringen in dieser

Session eingebracht werden, steht noch nicht fest. Die Vorbereitung derselben ist noch nicht abgeschlossen. Der Vorstand dagegen wird spätestens am 14. Mai schließen können. Der Vertrag mit Balbek und der Nachtragstat werden die Budgetcommission nicht lange beschäftigen und in den ersten Tagen der nächsten Woche dürften die dritten Lesungen der Gesetze, betr. die Fürsorge für die Beamten in Folge von Betriebsunfällen, die Rangbittordnung für Gasse, die Vorlage, betr. die Maßgebensbreite, die Kreisheilung der Provinzen Posen und Westpreußen und das Bergwerkseigenthum in Belsen-Wassau, beendet sein.

Dem Reichstage ist der aus zwei Paragraphen bestehende Entwurf eines Gesetzes betreffend die Rechtsverhältnisse der kaiserlichen Beamten in den Schutzgebieten ausgegangen. Derselbe schlägt im § 1 eine durch Beschluß des Bundesrats zu erlassende Bestimmung vor, wonach den kaiserlichen Beamten, welche in den deutschen Schutzgebieten eine längere als einjährige Vernehmung gefunden haben, die dazehit zugeworbene Dienstzeit der Pensionierung doppelt in Anrechnung zu bringen ist, während nach § 2 die Gouverneure, Kanzler und Kommissare für die deutschen Schutzgebiete durch kaiserliche Verfügung jederzeit mit Genehmigung des geltend gemachten einwirkenden in den Schutzland sollen ver- u werden können.

Der Reichstage wird noch eine Vorlage betreffend die Kursanhebung der subventionirten Dampferlinien in Aussicht. Die Reichsregierung soll in eine Linie Arien-Rohr-Sab umgemandelt werden.

Nach einem Bericht der „Frei. Ztg.“ wurde in der Sitzung der Handelskammer zu Mainz am 28. April die Mitteilung gemacht, daß sich „nämlich sämtliche deutsche Handelskammern, auch diejenigen, welche sonst auf agrarischen Standpunkte stehen, gegen die Einführung weiterer Schutzzölle ausgesprochen haben.“

Freiwillig oder ultramontan. Ein Mann, der die Verhältnisse „im tiefsten Innern“ begriffen, lacht in Drogen „Der Journalist“ mittels folgender Annonce eine Stellung: „Ein bestens empfohlener Journalist, u. z. Redakt. eines Provinzialblattes, der an großen Zeitungen mit Erfolg gearbeitet hat, lacht Stellung an einem freiwilligen oder ultramontanen Blatte.“

Österröisch-freiwillige Fälschung. Die National-liberale Gruppe. Ich weiß: „Wie selten seiner Zeit die deutsch-freiwilligen Blätter, wozu monatlang von Entrüstung über die Wahlmachinationen des konservativen Amtgerichtsfratrs Franke in Augsburg über! Jetzt wird ein Wahlzettel und eine Zeitung ganz ähnlicher Art von deutsch-freiwilliger Seite aus Stettin berichtet. Es wurde dort bei der jüngsten Reichstagswahl von deutsch-freiwilliger Seite eine gefälschte Derselbe des sozialdemokratischen Centralwahlkomites verbreitet, worin die sozialdemokratischen Wähler aufgefordert wurden, für den deutsch-freiwilligen Kandidaten Brömel zu stimmen, der denn auch mit dieser Hilfe gewählt wurde. Jetzt ist gegen die Urheber dieses Streiches Anklage wegen großen Unfugs und Verletzung des Freiregeses erhoben. In deutsch-freiwilligen Blättern haben wir freilich von dieser lauberen Fälschung noch nichts gelesen.“ — Wie war es nun, wenn man aus diesem einzelnen Falle Schlüsse auf die Moral der ganzen Partei zieht? Solches geschähe seitens der freiwilligen Presse anständig des halbes Franke. Man erinnert wohl sich besonders der heillosen Unvorsichtigkeit des Sächsischen sozialdemokratisch-fortschrittlichen Organs in dieser Punkt.

In Bezug auf die Branntweinsteuer-Vorlage können die V. P. M. im Anschluß an die anderweitig bekannt gewordenen Details der letzten Plenarsitzung des Bundesrats noch mittheilen, daß die Annahme der Vorlage mit Einstimmigkeit erfolgt ist.

Als sicherer Quelle erzählt die „Allg. Ztg.“, daß der preussische Eisenbahnminister sich erst vor Kurzem dahin ausgesprochen habe, daß eine Erwerbung irgend einer nicht preussischen Staatsbahn oder einer Nebenbahn, welche das preussische Gebiet gar nicht oder nur zu einem verhältnismäßig geringen Theile beröhre, für den preussischen Staat durchaus nicht beabsichtigt werde. Es soll diese Aeußerung namentlich mit Bezug auf die drei thüringischen Privatbahnen gethau worden sein.

Die „Landeszeitung für Glas-Lothringen“ veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung, nach welcher die vierte Abteilung des Ministeriums (Verwaltung der Landesverhältnisse) aufgehoben und mit der dritten (Hoheitliche Angelegenheiten und Landwesen) vereinigt wird. Die Verwaltung von Gewerbe und öffentlichen Arbeiten mit der dritten Abteilung (Innere) verbunden werden. — Dasselbe Blatt bescheidet die beabsichtigte Verbindung des Kriegsministeriums mit den Reichslanden als jeder Begründung entbehrend.

Frankreich. Der Polizeikommissar Schnäbele hat an den Herausgeber der „France“ ein Schreiben gerichtet, in welchem er denselben ersucht, von der angelegten Subscription für ein Ehrenlegionskreuz in Brillanten Abstand zu nehmen, da er Geschenke dieser Art weder annehmen wollte noch könne.

Bei der Radwahl eines Deputirten im Departement Saute Garonne (Toulouise) wurde Galindus (radikal) mit 5500 Stimmen gewählt. Der Gegenkandidat Duboul (cons.) erhielt 5300 Stimmen.

Der Pariser Gemeinderath genehmigte lehtsin einstimmig die neuen Bedingungen, von denen Annahme der Kammerentschluß die Erklärung zum Bau der Stadtbahn und die Gewehr einer kaiserlichen Zinsbürgschaft abhängig gemacht hat. Die langen Verhandlungen über diese Frage (in denselben begannen 1873) sind hiermit beendet; es bebarh jetzt nur noch der endgiltigen Genehmigung der Vorlage beider Kamern, von denen das Gesetz verlinbet, die Baugesellschaft gebildet, die Kapitalausstattung bewerkstelligt, das gesetzliche Verfahren zur Entziehung der Grundstücke eingeleitet und schließlich der Bau in Angriff genommen werden. Es ist somit geordnete

Postung vorhanden, daß die Pariser Stadtbahn noch zwischen 1900 und 2000 vollendet sein werde. — Die Regierung erließ ein Rundschreiben an die Generalbeamten, welches diesen die äußerste Vorsicht und Korrektheit im Amtsvorkehr mit den Deutschen vorschreibt.

Wladkau. Kasow ist am 1. Mai von Moskau nach Petersburg abgereist.

Die Staatseinnahmen betragen im Januar d. J. 74,070,000 Rubel gegen 69,120,000 Rubel des Januar vorigen Jahres, und die Ausgaben 79,860,000 Rubel gegen 79,730,000 Rubel desselben Monats des Vorjahres.

Einem Telegramm der „Daily News“ zufolge ist Rußland auf den Bankrott der Worte den Vorhitz zu machen, daß es für die weitere Zahlung der Kriegsschuldung gegen Abtretung einiger türkischer Gebietsstheile in Klein-Asien erlassen möge.

Am Klipfsteinprozess ist nach dem „P. T.“ das Urtheil bereits gefällt worden. Sämtlich fünfzehn Angeklagte sind zum Tode verurtheilt; bezüglich acht der Berufurtheile hat das Gericht beschloffen, dem Jaren die Begnadigung derselben auf lebenslänglicher Zwangsarbeit in Sibirien anheimzustellen.

Griechenland. Nach den bei dem Ministerium des Aeußeren eingelaufenen Meldungen aus Creta sollen den fortgerücktesten Zusammenstößen zwischen Christen und Muslime in Athen mehrere Verurtheilungen auf beiden Seiten geschehen. Die Komitler der Mächte sind mit Erfolg bemüht, einen Ausgleich herbeizuföhren.

Berlin. Im Konstantinopel ist die Kadritz verbreitet. Berlin rühte und zügte Truppen gegen die albanische Grenze zusammen.

Druckfehlerberichtigung.

In dem Eingelagten „Aus dem Gids'fest“ muß es auf Seite 2 der getrigten 2. Ausgabe, Spalte 1, Zeile 4 vom Ende des Artikels heißen: „bei der letzten Wahlbewegung in Chamlos gelogen hat.“

Preussischer Landtag.

Wahlerechnung.

46. Sitzung vom 2. Mai 1887. 12 Uhr. Am Ministerietische: Justizminister Dr. Friedberg, Finanzminister V. Scholl, Warach und sächsische Kommissarien. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung des Nachtrags zum Staatshaushalt für 1887—88. Abg. von Wernha (nutt.) beantragt, die Vorlage der Budgetcommission zu überweisen, um die Sache einzusehen, wolle er heute unterlassen, da es sich nur um Konsequenzen der im Reichs- und Landtage bereits gefassten Beschlüsse handele. Das Besitzt, welches durch die Vorlage verneht werde, werde vollständig durch die im Reichstage zu erwartenden Steuerermäßigungen für die Zukunft beseitigt werden.

Abg. v. Wehr-Deitsh-Steine (fr. cons.) bezieht dies. Wenn die Jücker- und Branntweinsteuer 120 Millionen ergeben sollte, so wird das Reich doch allein diese Summe für seine Reichsausgaben und namentlich für seine Sozialpolitik aufwenden. In den nächsten Jahren werden wir wieder vor einem Defizit stehen. Ich möchte der Budgetcommission empfehlen, endlich in Vermögen zu stehen, ob es sich empfiehlt, den Kreiten Gelder zu verweigern. Ich glaube, daß wir schließlich die lex Huene aufheben müssen. (Widerbruch.) Ich treibe dabei auf demselben Boden wie 1883, und die Freunde des Gesetzes sollten auch bedenklich werden, wenn sie die Erfahrungen mit dem Gesetze übersehen. Der eine Kreis hat Quanten; der andere weiß gar nicht, was er mit dem Geld anfangen soll, und die Kreite, welche am meisten bedürfen, erhalten am wenigsten.

Abg. v. Kauchbach (cons.) erwidert dem Vorredner, daß man mit demselben Rechte wie die auf Grund der lex Huene gemachten Zusammenlagen an die Kreite, auch die Vertheilung der Steuern neuer Nationen unterziehen sollte. Die Ueberweisung nach habe die lex Huene durchaus legerreich gewirkt. Was den finanziellen Effekt der neuen Reichssteuer anlangt, so te er überzeugt, daß durch dieselben eine Verminderung der Materialbedürftigkeit erzielt werden würde. Was aber den Nachtrag betrifft, so würde ich nicht die lex Huene als ein Bedenken erpempel und als eine einfache Konsequenz andrerseit gefasster Beschlüsse da und er beschränke sich daher darauf, den Antrag auf Ueberweisung an die Budgetcommission zu unterstützen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Winthorst (Centrum): Das Bescheidliche, was ich sagen wollte, hat Herr v. Kauchbach bereits gesagt. Die lex Huene ist bewirkt mit Rücksicht auf Wünsche im Reichstage, die dort kaum gefahrt worden wären, wenn die lex Huene nicht angenommen wäre. Aber auch sachlich ist die lex Huene berechtigt. Wir haben kein Jalden teils davon geredet, daß wir die Kreite ertheilten wollen. Das ist das Erste und Einzige, was sie bekommen haben. Das ihnen wieder zu nehmen, würde nach recht und billig sein. Schon das geringe Maß der Zusammenlegung wird unangenehm annehmen. Ich bin Jalden zu einfülle ein, diese nicht unbedenklich v. rnehmen zu können, so sollte ich einfach nicht werden. (Oesterl.) Ich kenne einen solchen Landrat nicht. Es wäre ein großer Fehler, wenn man so verfahren würde, in der Steuerreform zu stehen würde. Es wird Alles aufgehoben werden müssen, um aus dem Branntwein und Zucker viel zu ziehen. Denn die Ausgaben, die nun schon einmal bedarfslos sind, müssen auch gedeckt werden. Was aus den neuen Steuern sich ergibt, wird nicht ausreichen, das Defizit zu decken. Wir werden uns darauf nicht machen lassen, daß wir nicht Alles auf die indirekten Steuern verweisen. Früher gab man zu wenig auf die indirekte Steuer. Namentlich das Zentrum hat eine Werbung beigeföhrt und wir mühen jetzt endlich erntlich an die Hebung der direkten Steuern herzutreten. Sehr richtig! (Beif.) Was das zu geschehen hat, weiß ich nicht. Der Finanzminister wird sich diese Frage auch vorlegen müssen.

Finanzminister v. Scholl: Ich bedauere, durch die Lage des Regierungsbudgets verhindert worden zu sein, zu hören, was der Vorredner meint hat. Ich treue mich, daß er den in zukünftigen Jalden, was Herr v. Kauchbach sagte. Was Herr Dr. Wehr sagte, kann ich nicht billigen. Die Regierung steht nicht auf dem Standpunkte, daß an der lex Huene gerichtet werden muß. Es ist allerdings mit gewissen weniger erreicht, als man hätte erwarten können. Ich treue mich, auf die schon erwähnte und geringe Summe der Ueberweisung bestehen, aber noch kaum auf das Brizig.







